Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

580 (12.12.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mk. 70 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mk., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion 3—4 Uhr.
Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige Inserate 20 Pf. Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der Bad. Landeszeitung, Karlsruhe, Hirschstraße 3, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 12. Dezember 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom 11. Dezember.

Das Haus ist mäßig besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Graf **Bülow**, Graf **von Posadowsky**, **von Goßler**, Frhr. **von Thielmann** u. A.

Die erste Etatberathung wird fortgesetzt.

Abg. **Bebel** (Soz.): Der Schatzsekretär hat dagegen Verwahrung eingelegt, daß man seine Rede in der Budgetkommission als Schwarzmalerei auffasse. Es war aber in der That ein Gemälde schwarz in schwarz, so daß die Vertreter fast aller Parteien die Empfindung gewannen, daß die bisherige Wirthschaft nicht so weiter gehen könne. Zu dieser rückläufigen wirthschaftlichen Bewegung hat, so nimmt man in weiten Kreisen an, das chinesische Abenteuer den Anstoß gegeben und niemand kann den Umfang und die Dauer dieser Krise vorhersehen. Es ist eine alte Erfahrung, daß einer langandauernden Prosperität auch gewöhnlich ein lang andauernder Rückgang zu folgen pflegt. Daß diese Krisis von den verhängnißvollsten Wirkungen auf die Reichsfinanzlage sein wird, ist für mich zweifellos. Sehr merkwürdig finde ich es, daß gestern gerade Vertreter solcher Parteien zur Sparsamkeit gemahnt haben, die sonst mit vollen Händen Alles bewilligen, was die Regierung nur immer an unproduktiven Forderungen vorbringt. Die Schuld an der traurigen Finanzlage den erhöhten Aufwendungen für das Invalidenversicherungswesen zuzuschreiben, ist nicht angebracht. Dagegen müssen wir uns entschieden verwahren, daß man immer diese Ausgaben als Paradepferd anführt. Wie weit muß es gekommen sein, wenn selbst der national-liberale Dr. Paasche in der Budgetkommission erklärt, er habe sich die Finanzlage nicht so traurig vorgestellt, wie sie thatsächlich ist. Erheiternd wirkte es auf mich, als gestern die Herren Müller-Fulda, Dr. Sattler und Graf Limburg nacheinander das Lied der Sparsamkeit sangen. Wir sind in der Bewilligungswuth so weit gegangen, daß es kein Zurück mehr giebt. die Herren haben sich ja auf Jahre hinaus in den wesentlichsten Fragen festgelegt. Herr Müller-Fulda griff nur den Postetat heraus, an den er Kritik übte. Gerade hier ist Sparsamkeit unangebracht. Wir werden lieber schöne Postgebäude errichten, als Kasernen und Zuchthäuser. Die Saccharin- und Schaumwein-Vorlage, die in Aussicht gestellt sind, werden 8 Millionen bringen, eine Summe, die für das große Reichsfaß, das gefüllt werden soll, wenig bedeutet. Der Abg. Müller-Fulda hat den Einzelstaaten mit einer Erhöhung der Matrikularbeiträge gedroht. Gewiß, auch ich bin der Ansicht, daß der Bundesstaat in Bezug auf Geldbewilligungen seine Aufgaben nicht erfüllt. Am besten wäre es, wenn überhaupt kein Bundesstaat existirte, sondern ein einheitlicher Reichsstaat. Dieses vielköpfige Wesen sieht stets nach oben, Opposition gegen die Wünsche von höherer Stelle ist bei ihm ausgeschlossen. Der Abg. Müller-Fulda aber sollte seine Vorwürfe gegen den Bundesrath sparen, denn Sie, Herr Müller, sind der erste Attentäter. (Heiterkeit.)

Nun zu den einzelnen Etats! Das Reichsheer und Marine erfordern wieder viele Millionen, die Zinsen der Reichsschulden sind von 77 auf 86 Millionen gestiegen, der Pensionsfonds muß immer mehr verstärkt werden. Bei den einmaligen Ausgaben ist diesmal der seltene Fall vorhanden, daß das Reichsheer nicht nur keine Mehrausgabe, sondern eine Minderausgabe erfordert, dagegen braucht die Marine wieder mehr. Die Ausgaben für Heer, Marine, Pensionsfonds und Reichsschulden sind von 1888 bis jetzt von 502 auf 1033 Millionen gestiegen, d. h. um volle 106 Prez Dabei ist eine weitere Steigerung der dauernden Ausgaben für Kiautschou mit Sicherheit zu erwarten. Wenn ein Privatmann so wirthschaftet, wie das Reich, so würde man ihn für einen ganz liederlichen Kerl erklären. (Heiterkeit.) Und wer ist das, dem wir diese Wirthschaft in erster Linie zu danken haben? Es ist das Centrum. Die Wirthschaft der National-Liberalen war schon arg, aber gegen das Centrum sind sie die reinen Waisenknaben. (Sehr wahr! links). Die National-Liberalen haben wenigstens das Budgetrecht zu wahren gewußt, aber unter der Herrschaft des Centrums gehen wir einer reinen Budget-Anarchie entgegen. Auf dem Bonner Katholikentag hat der Abgeordnete Lieber erklärt, daß das Centrum den Luxus einer selbständigen Politik preisgegeben habe. Nun, das ist nichts Neues, es ist ja nur das Bekenntniß einer schönen Seele. (Heiterkeit.) Das Centrum ist heute nur Schleppträger der Regierungspolitik. Jetzt verlangt das Centrum sogar, daß in China dieselbe Politik weiter verfolgt wird, die für uns so verhängnißvoll geworden ist. Die China-Affaire endet schon heute mit einem allgemeinen Debacle nicht nur für Deutschland, sondern auch für das übrige Europa, und angesichts dieser Erscheinung will man uns in immer neue Abenteuer treiben! Wir sehen ja, daß China für Deutschland ein deutsches Transvaal wird und daß von all den schönen Worten, die im Sommer dieses Jahres gesprochen sind, nichts mehr übrig ist.

Wir können dem, was der Reichskanzler gestern gesagt hat, in einzelnen Theilen Wort für Wort zustimmen, in anderen Punkten sind wir anderer Ansicht. Wir haben uns 1896 entschieden gegen den provokatorischen Ton in dem bekannten Telegramm an den Präsidenten Krüger bei Gelegenheit des Jameson-Einfalls ausgesprochen. Damals erklärten sich außer den Freisinnigen alle Parteien gegen uns, und heute haben wir die Genugthuung, daß der Reichskanzler genau dieselben Bahnen eingeschlagen hat, die wir damals als richtig bezeichneten. Wir verurtheilen entschieden die englische Raubpolitik, und wenn heute, wo Transvaal am Boden liegt, der Präsident Krüger die europäischen Staaten, die sich ja christlich nennen, um Vermittelung angeht, so ist das menschlich begreiflich. Aber ich verurtheile auch die rücksichtslose Abweisung Krügers, weil dadurch die deutsche Politik in den Verdacht der Treulosigkeit kommt. (Sehr richtig! rechts). Im Jahre 1896 mußten die Boeren glauben, daß Deutschland auf ihrer Seite steht, sie glaubten auf Grund der Depesche, an dem deutschen Kaiser einen Mann zu besitzen, der all seinen Einfluß für sie aufwenden würde, und der Eindruck, den das Telegramm bei den Boeren erweckt hatte, mußte noch verstärkt werden durch die Debatte vom 13. Februar 1896 hier im Hause, in welcher Staatssekretär v. Marschall betonte, daß Deutschland die Unabhängigkeit Transvaals für nothwendig halte. Das menschliche Mitgefühl, die Höflichkeit hätten es geboten, daß Präsident Krüger in Berlin empfangen worden wäre. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Sozialdemokraten.) Der deutsche Kaiser hätte Zeit haben müssen, den Präsidenten zu empfangen; die Thatsache, daß er andere Dispositionen getroffen hatte, war kein stichhaltiger Grund. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn man im Ausland Urtheile über Deutschland hört, wie etwa das Urtheil der Amsterdamer Zeitung, das dahin geht: Die Deutschen fürchten nur Gott und ihre Großmutter. (Heiterkeit.) Wer diese Großmutter ist, können Sie sich denken. Es sind in den letzten Tagen — nicht von meinen Parteigenossen, sondern aus anderen Kreisen — zahlreiche Entrüstungsbriefe über die Abweisung Krügers an mich gerichtet worden.

Wie in der auswärtigen Politik, ist auch in der Kolonialpolitik der Zickzackkurs maßgebend. Alle Augenblick ein Wechseln in der Leitung; die Einnahmen aus den Kolonien gehen von Jahr zu Jahr zurück, die Ausgaben schwellen an. Wenn wir zum Abschluß der Handelsverträge kommen, dann hofft man durch einen Generalfischzug die Löcher wieder zuzustopfen. Daß die Getreidezölle erhöht werden sollen, damit kann man so sicher rechnen wie mit einem Gewitter nach schwülen Sommertagen; die National-Liberalen, das Centrum und die Konservativen haben sich ja schon dafür ausgesprochen. Das Centrum hat versprochen, daß die Ueberschüsse aus den Lebensmittelzöllen für die arbeitenden Klassen verwendet werden sollen. Ob es das Versprechen aber wird halten können, ist eine andere Frage. Die katholischen Arbeiter wird das Centrum dadurch nicht gewinnen, denn auch sie fangen an, zu denken. Glauben Sie denn, daß Sie die anderen Staaten für Handelsverträge gewinnen werden, wenn Sie die Lebensmittelzölle erhöhen? (Zurufe rechts: Ja! Ja!) Nun, warten Sie ab! Jetzt kommt die Krisis, die Löhne sinken, die Lebensmittelpreise und die Wohnungsmieten steigen. Die Leidenden sind also die Arbeiter. Daß die Landwirthschaft unter den Handelsverträgen gelitten habe, ist einfach nicht wahr. Die Statistik, die gestern Graf Limburg-Stirum vorgetragen hat, ist unwissenschaftlich und nicht beweiskräftig. Wäre sie aber beweiskräftig, dann würde sie gerade das Gegentheil von dem beweisen, was er beweisen wollte; denn wenn das Einkommen der ländlichen Bevölkerung so groß ist, wie er angab, dann können Sie nicht mehr von der Noth der Landwirthschaft reden. Man sagt, wir stehen im Zeichen des Verkehrs, aber ein Stand schließt sich wirthschaftlich mehr und mehr gegen die anderen ab.

In dem Etat des Reichsamts des Innern vermisse ich die 12 000 Mark des industriellen Verbandes, die als Einnahme und als Ausgabe hätten gebucht werden müssen. (Ein großer Theil der Konservativen verläßt den Saal.) Ich frage den Staatssekretär Grafen Posadowsky ausdrücklich, zu welchem Zeitpunkt der Herr Staatssekretär v. Posadowsky von der 12 000 Mark-Angelegenheit Kenntniß erhalten hat und wann er erfahren hat, wie die 12 000 Mark ausgegeben worden sind. (Beifall bei den Sozialdem.) Ich frage ihn weiter, was er gethan hat auf Grund der Enthüllungen, welche der Abg. Raab hier bei Berathung der Seemannsordnung gemacht hat, als er den berüchtigten Brief des Vorstandes der Seeberufsgenossenschaft zur Kenntniß brachte, der mit den Worten schloß: „mundus vult decipi“; ich frage, ob die Leute, die diesen Brief unterschrieben haben, mit Schimpf und Schande aus ihren Posten entfernt worden sind (Sehr gut! bei den Sozialdem.), die Schwindler der Seeberufsgenossenschaft, die den schmählichen Betrug mit den Unfallverhütungsvorschriften verübt haben, die da sagten, die Welt will betrogen sein? Der Schreiber des Briefs, Laeisz, ist inzwischen gestorben. Unterschrieben haben den Brief der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, ein Senator aus Bremen, ein Aufsichtsrathsmitglied des „Germanischen Lloyd“ — über den ich beim Spezialetat noch ein Wörtchen reden will (Heiterkeit links) — und der Herr Schiff, der, als eins seiner Schiffe untergegangen war, telegraphirte: „Schiff verloren, Mannschaft leider gerettet.“ Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß ein solcher Mann der Vertrauensmann einer Seeberufsgenossenschaft ist, daß er seit einer Reihe von Jahren ihrem Aufsichtsrath und Vorstande angehört. Weiter haben unterschrieben ein Herr aus Königsberg und ein Herr aus Rostock. Ich erwarte also eine klare und positive Erklärung, was in Bezug auf diese Leute geschehen ist. Man hat gestern von Seiten der National-Liberalen dem Staatssekretär von Posadowsky ein ungemeines Lob in Bezug auf seine Thätigkeit für die Arbeiterwohlfahrt ausgesprochen. Uns gegenüber ist dieses Lob in den Wind gesprochen. Die Vorkommnisse in der Seeberufsgenossenschaft, diesem Lieblingskinde des Reichsamts des Innern, haben uns die Augen in der ärgsten Weise geöffnet. Von der zu erwartenden Verschlechterung der Bäckereiverordnung werde ich noch zu sprechen haben. Mit dem Reichsamt des Innern sind wir Sozialdemokraten fertig! (Lachen rechts.)

Im Militäretat findet sich die erste Portion der 7000 Mann, die das Centrum nicht bewilligen wollte. Jetzt eine Portion, das nächste Jahr eine und dann wiedr eine Portion. Der Abg. Graf Limburg-Stirum hat durch seine Rede bewiesen, daß er ein äußerst schlechter Leser seines Leibblatts ist, denn die „Kreuzzeitung“ hat noch vor Kurzem die Boeren wegen ihrer Tapferkeit gepriesen. Es steht ja in der Kriegsgeschichte einzig da, daß ein kleines Heer sich so lange gegen eine so große Uebermacht halten konnte. Die Boeren aber sind ein Milizheer; es ist daher unbegreiflich, daß der Graf Limburg sich gegen das Milizsystem erklären konnte. Die dreijährige Dienstzeit bekommen Sie nicht wieder in Deutschland, eher bekommen wir die Milizarmee. (Heiterkeit. Zuruf: Prophezeiung!). Diesmal können Sie mir glauben! (Heiterkeit.) An den Kriegsminister richte ich die Anfrage, wie es um die Richtigkeit der Zeitungsmeldungen über die Ehrhardsche Geschützlieferung nach England, und wie es um die Nachrichten über neue Kanonen und Gewehre für das deutsche Heer bestellt ist. Ein wunderbares Maß von Takt ist es, daß der Kanonenkönig Krupp an die Chinesen Geschütze lieferte. Ist er vielleicht zum Dank dafür zum Wirklichen Geheimen Rath ernannt worden? Es steht manchmal wunderbar in den oberen Regionen aus. Nun, es wird ja allerlei gemunkelt. (Große Heiterkeit.) Woher kommt das Geld für die neuen Gewehre, wie ist da das Budgetrecht des Reichstags gewahrt? Die Schlachtschiffe kosten zum Theil bis zu 8 Millionen mehr, als veranschlagt worden ist. Nun möchte ich in einer ganz bestimmten Frage den Marinesekretär interpelliren. Aehnlich wie dem Reichsamt des Innern vom Centralverbande deutscher Industrieller 12 000 Mk. zur Agitation zur Verfügung gestellt sind, so hat der Flottenverein dem Reichsmarineamt, dem Kaiser Hunderttausende für Flotenzwecke angewiesen. Der Kaiser hat nicht das Recht, dieses Geld anzunehmen. Wenn er das thun will, dann muß es der Kaiser erst durch die Hände des Reichskanzlers in das Budget fließen lassen, und der Reichstag muß entscheiden, ob er das Geschenk annehmen will oder nicht. Das jetzige Verfahren ist eine Umgehung des Budgetrechts, wir befinden uns dabei geradezu in einer Budgetanarchie. Dem sic volo, sic jubeo muß Einhalt gethan werden, hier muß der Reichstag Mann sein und Manneswürde wahren. Eine derartige Wirthschaft darf nicht weiter gehen. Für Kulturzwecke ist bei uns kein Geld vorhanden, nur die Interessen des Großkapitals werden gefördert, an die Interessen des Arbeiters denkt in der Regierung kein Mensch. Seit vielen Jahren wird von den organisirten Arbeitern ein Gesetz für die Anerkennung der Gewerkschaften verlangt. Bis jetzt ist nichts geschehen. Für die öffentliche Gesundheitspflege wird auch nichts gethan, es wird geradezu ein arbeiterfeindlicher Geist großgezogen. Ein Reichs-Wohnungsgesetz fehlt auch noch, trotzdem es der Reichstag wiederholt verlangt hat. Ich bin überzeugt, wenn wir in diesem Jahre eine Interpellation einbringen, worin wir aufs Neue ein solches Gesetz fordern, dann wird es heißen wie bei der Kohlennoth: Wir können nichts machen! Und dabei wird der Mangel an kleinen Wohnungen täglich ärger und der Uebermuth der Hausagrarier wächst zusehends. Wurde doch in einem hiesigen Hausbesitzerverein des Ostens ein Lied gesungen, worin es heißt:

Es gedeihet unser Osten,
Der so lang verrufen war,
Sind wir Alle auf dem Posten,
Herrlicher mit jedem Jahr.
Miether, die nicht gern bezahlen,
Kommen in das schwarze Buch.
Die, die viele Kinder haben,
Bringen schnell wir auf den Zug!

(Heiterkeit.) Die rücksichtsloseste Ausbeutung der Arbeiter ist dem Kapital gerade recht. Und dabei leben wir in einer Zeit, wo die Verrohung gerade in den sogenannten gebildeten Kreisen immer mehr um sich greift. Das zeigt die Zunahme der Sittlichkeitsverbrechen in den Kreisen der Geistlichen, der evangelischen wie der katholischen. Was aber in dieser Hinsicht der Kapitalismus leistet, dafür ist der beste Beleg der Prozeß Sternberg. (Sehr richtig! bei den Sozdem.) Und doch ist auch darin nur ein kleiner Zipfel von dem bloßgelegt, was hinter den Kulissen passirt ist. In dem Harmlosenklub vergendeten junge Leute in einer Nacht Summen, wovon eine Arbeiterfamilie Jahre lang hätte leben können. Ja, es sind herrliche Zustände in unserm kapitalistischen Staat, die jetzt gerade wieder aufs Neue aufgedeckt sind, in einer Zeit, wo bald in allen Kirchen der Ruf ertönen wird: Und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Wir können jetzt am Ende des 19. Jahrhunderts sagen: Die bürgerliche Gesellschaft ist mit ihrem Latein zu Ende (Lachen), die Götterdämmerung für sie bricht jetzt herein. Der Tag hat sich geneiget, und es will Abend werden. Herr v. Goßler hat uns neulich zugerufen: Gottes Mühlen mahlen langsam! Ich aber sage ihm: Unsere Mühlen mahlen schnell! (Lachen.) Sie, meine Herren, arbeiten nur für uns. Vivent nos amis, les ennemis! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Nach dieser 2¼stündigen Rede des Abg. Bebel ergreift das Wort

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky**: Als vor einigen Wochen der Herr Reichskanzler die Interpellation des Abg. Albrecht beantwortet hatte, schloß die Debatte mit dem Zuruf: „Und Graf Posadowsky?“ Der Herr Abg. Singer, von dem dieser Ruf ausging, hatte sich wahrscheinlich nicht überlegt, daß nach dem ganzen Inhalt der Interpellation es mir bei der damaligen Lage der Sache kaum möglich war, überhaupt das Wort zu ergreifen. Es konnte nur einer auf die Interpellation antworten, und das war der Herr Reichskanzler, an den sie gerichtet war. Ich glaube, m. H., wer mich kennt, weiß, daß ich Furcht nicht kenne (Lebhafter Beifall rechts), daß ich der letzte bin, der eine Verantwortlichkeit von sich ablehnt und den Kampf mit der Partei scheut, die mir hier gegenübersteht. (Beifall.) Ich bin dem Abgeordneten Bebel geradezu dankbar dafür, daß er die sogenannte 12 000 Mark-Angelegenheit als eine partie remise betrachtet und demgemäß heute wieder zur Sprache gebracht hat. Und ich erkläre hiermit im versammelten Reichstag und vor dem ganzen Lande, daß es vollkommen nebensächlich ist, ob ich von dem an den Centralverband der Industriellen Deutschlands gerichteten Gesuch gewußt habe oder nicht, ob ich es veranlaßt habe oder nicht: Ich trage die Verantwortlichkeit für das, was in meinem Amt geschieht (Beifall) und ich werde diese Verantwortung niemals von mir abweisen. Und nun zur Sache!

Die Frage steht ja in engem Zusammenhang mit dem Gesetze zum Schutze der Arbeitswilligen. In einem großen Theil der Presse hat man von diesem Gesetz ein ganz falsches Bild gemacht. Das Gesetz war nicht zum Besten der Arbeitgeber, sondern zum Besten der Arbeiter. (Großer andauernder Lärm und Lachen links.)

Präsident **Graf v. Ballestrem:** Ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen.

Staatssekretär Dr. **Graf v. Posadowsky** (fortfahrend): Herr Abgeordneter Bebel, ich höre Sie so aufmerksam und vor Allem so lange an. (Heiterkeit.) Nehmen Sie nun doch auch die politische Rücksicht, mich nicht zu unterbrechen und meine Vertheidigung anzuhören. Wir sind hier nicht in einem Konvent, sondern im deutschen Reichstag. (Beifall.) Das Gesetz war von dem Gedanken ausgegangen, den der Minister einer fremden Republik täglich öffentlich geäußert hat. Dieser Minister hat erklärt: Das Recht jedes einzelnen Arbeiters, der arbeiten will, gilt ebensoviel, wie dasjenige der übrigen Arbeiter, die nicht arbeiten wollen. (Sehr richtig! rechts.) Auf dieser Grundlage war das Gesetz ausgearbeitet. Man hat aber bei der ganzen Agitation, die wegen dieses Gesetzes betrieben worden ist, die Sachlage verschoben, indem man gesagt hat: das Gesetz ist zu Gunsten der Unternehmer und nun bittet das Reichsamt des Innern die Interessenten um Geldmittel zur Agitation für dies Gesetz! Nein, meine Herren, die Interessenten waren die Arbeiter und nicht die Arbeitgeber. Nun noch eine weitere thatsächliche Bemerkung. Der Beitrag, den der Centralverband der Industriellen Deutschlands geleistet hat, ist verwendet worden, um Ausgaben zu decken, die entstanden waren durch Verbreitung lediglich amtlichen Materials, welches seit Wochen und Monaten dem Reichstag vorlag, d. h. von Auszügen aus der Denkschrift und aus den Reden, die hier vom Bundesrathstisch aus gehalten worden waren. Daß die Absicht dieser Publikation nicht sein konnte, damit etwa das Gesetz durchzubringen, das ist klar. (Lachen links.) Jedermann war sich nach der ersten Lesung klar, und wir am wenigsten waren uns unklar darüber, daß nach dem Abschluß der ersten Lesung das Gesetz keine Aussicht hatte, von dem hohen Hause angenommen zu werden, daß es sich nur darum handeln konnte, ob das Gesetz im Plenum abgelehnt wurde oder noch zur Kommissionsberathung gelangte. Aber dadurch, daß man in der sozialdemokratischen Presse fortgesetzt den Arbeitern predigte: „Dieses Zuchthausgesetz soll jeden Arbeiter bestrafen, der überhaupt strikt,“ und verschwieg, daß nur derjenige bestraft werden sollte . . . (Großer Lärm und fortgesetzte Zwischenrufe bei den Sozd.).

Präsident Graf **von Ballestrem!** Ich muß dringend bitten, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen.

Staatssekretär Dr. Graf **von Posadowsky** (fortfahrend): . . . daß nur derjenige bestraft werden sollte, der dabei ungesetzliche Mittel anwendet, und daß das Gesetz sich insbesondere auch gegen die Arbeitgeber in dieser Richtung wenden sollte, dadurch war eine ungeheure Aufregung in der Arbeiterbevölkerung entstanden. Und die sozialdemokratische Presse hat nichts gethan, um diese Irrthümer aufzuklären (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Sie hat im Gegentheil dazu beigetragen, diese Aufregung zu vermehren. Da war es allerdings eine wichtige Sache, daß man durch Verbreitung amtlichen Materials soviel wie möglich in die großen Massen des Publikums die Wahrheit trug und diesen Massen klarlegte, welche Thatsachen die Veranlassung zu dem Gesetz gegeben hatten. (Großer Lärm, Gelächter und fortgesetzte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf **v. Ballestrem:** Meine Herren, wenn noch weitere Unterbrechungen erfolgen, werde ich von meinen präsidialen Befugnissen Gebrauch machen. Ich bitte Sie, bei einer solchen Debatte, die eine gewisse Aufregung hervorruft, sich weder Zurufe zu erlauben noch Zeichen des Mißfallens oder auch der Zustimmung zu geben. (Unruhe.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Staatssekretär Graf v. Posadowsky (fortfahrend): Um zur Linderung dieser Aufregung, um zur Aufklärung der Massen beizutragen, sind die Veröffentlichungen erfolgt. Nun kann man ja über die politische Opportunität der Maßregel streiten. Ich habe hier zwei Zeitungen: ein norddeutsches demokratisches Blatt, in dem zu lesen ist: „Für die Agitation standen dem Reichsamt des Innern Geldmittel genug zur Verfügung; es brauchte sich also gar nicht an den Centralverband zu wenden.“ Ganz ähnlich hat sich ein süddeutsches demokratisches Blatt ausgesprochen. Also: daß die Regierung derartiges amtliches Material — etwas Anderes ist nicht geschehen — verbreitete, daran hat man nichts ausgesetzt. Man würde wahrscheinlich auch keinen Vorwurf erhoben haben, wenn von Beamten des Reichsamts des Innern der Centralverband angeregt worden wäre, seinerseits das amtliche Material zu verbreiten; angegriffen worden ist, daß sich das Reichsamt des Innern die Kosten erbat vom Centralverband der Industriellen. Ueber die politische Opportunität dieses Vorgangs kann man, wie gesagt, streiten; der Herr Reichskanzler hat ja sein Urtheil bereits abgegeben. Aber diese ganzen Konsequenzen, die daraus gezogen werden sind, das Meer von Angriffen, die gegen mich gerichtet worden sind, das Alles ist durchaus unbegründet. Der Druckkostenfonds des Reichsamts des Innern beträgt allein 190 000 Mk. und ich glaube, die Oberrechnungskammer würde kein Monitum erhoben haben, wenn man es für nothwendig gehalten hätte, Mittel zur Verbreitung amtlichen Materials aus dem Druckkostenfonds zu entnehmen. Wenn das nicht geschehen ist, so mag das übertrieben bureaukratische Aengstlichkeit gewesen sein (Gelächter bei den Soz.), gewiß! — oder es mag dabei der Gedanke eine gewisse Rolle gespielt haben, daß der Centralverband der Industriellen ein so großes Interesse daran habe (Hört! hört! und großer Lärm bei den Soz.), auf Grund des amtlichen Materials die Arbeiter über den wirklichen Inhalt des Gesetzes aufzuklären, daß man ihnen auch die Kosten dafür auferlegen könne. Was aber die Angriffe gegen das Reichsamt des Innern und gegen meine Person und gegen einen anderen Beamten, der sich die höchsten sozialpolitischen Verdienste seit Jahren erworben hat (Lachen bei den Soz.) — gewiß die höchsten sozialpolitischen Verdienste — (Erneutes Lachen bei den Soz., Glocke des Präsidenten) — was diese Angriffe betrifft, so muß ich dabei denken an das Wort eines französischen Kriminalisten: „Geben Sie mir zwei Zeilen von der Hand eines Mannes, und ich baslre eine Kapitalanklage darauf.“ Wie wenig übrigens beim Reichsamt des Innern selbst der Gedanke maßgebend war, daß man durch Publikationen noch das Gesetz durchbringen könnte, dafür kann ich eine amtliche Thatsache anführen: Wir hatten inzwischen noch eine große Menge Material von Gerichtsbehörden und Verwaltungsbehörden zur Begründung des Gesetzes zum Schutz der Arbeitswilligen bekommen und daraufhin eine Nachtragsdenkschrift ausgearbeitet, aber dem Reichstage gar nicht mehr vorgelegt (Hört, hört! Gelächter links.), weil wir der Ansicht waren, bei der Stimmung des Hauses wäre das vergeblich. (Lachen links.) Und ich kann Ihnen versichern, daß ich gegenüber den Angriffen gegen die Richtigkeit der Denkschrift nochmals bei sämmtlichen Regierungen und Behörden, die das Material geliefert haben, angefragt habe, und daß die nochmalige sorgfältige Durchsicht des Materials ergeben hat, daß nur an ganz unwesentlichen Punkten Irrthümer in der Denkschrift untergelaufen sind.

Nun ist bei der Interpellation und bei anderen Gelegenheiten gesagt worden: Ja, nun sieht man's! das Reichsamt des Innern ist ja schon seit 1879 oder noch länger in einer Abhängigkeit vom Centralverband der Industriellen. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, Sie sagen: sehr richtig. Sie haben auch vor Kurzem behauptet, und zwar mit vollem Unrecht behauptet, daß die Invalidengesetzgebung und die Unfallgesetzgebung zurückgestellt wären wegen des Widerstandes des Centralverbandes der Industriellen. Nein, meine Herren, man hatte meines Erachtens — ich will niemandem zu nahe treten — den Fehler gemacht, zwei so ungeheuer umfangreiche Gesetze in einer Session einzubringen, zwei Gesetze, die der Reichstag gar nicht im Stande war, in einer Session zu berathen, und in Folge dessen waren sie damals beide unter den Tisch gefallen. Diese Folge wollte ich vermeiden. Jeder billig denkende Mensch wird es gerecht finden, daß ich, nachdem ich im Juni des Jahres erst in das Amt getreten war und dieses ungeheure Ressort übernahm, doch einigermaßen Zeit haben mußte, mich über den Umfang der bestehenden Gesetze und die Bedenken, die dagegen erhoben waren, selbst zu informiren, ehe ich neue Gesetze dem Reichstage vorlegte. Was nun die Abhängigkeit vom Centralverband der Industriellen betrifft, so bin ich in meiner Vorlage in dem Invalidenversicherungsgesetz viel weiter gegangen, als das hohe Haus, ich habe Rentenstellen konstruirt, die Sie gar nicht einmal acceptirt haben, zum Besten der Arbeiter, und ich habe gegen den heftigsten Widerstand des Centralverbandes der Industriellen die besonderen Gerichte für die Unfallversicherung aufgehoben, ich habe Ihnen vorgeschlagen, daß diese Gerichte verbunden werden mit den Gerichten der Invalidenversicherung, und wenn Sie die Presse durchlesen wollen, auf die der Centralverband der Industriellen m. E. Einfluß übt, so werden Sie sehen, daß ich gegen den schärfsten Widerstand des Centralverbandes der Industriellen hier beide Gesetze im Reichstage vertreten habe, daß ich Monate lang in beiden Sessionen Gegenstand der heftigsten Angriffe dieser Blätter war. Und daß diese Gesetze keine schlechten waren, daß sie auf einem sozialpolitisch verständigen Standpunkt standen, geht am besten daraus hervor, daß später das Invalidengesetz fast einstimmig — gegen drei Stimmen von der rechten Seite — unter Zustimmung der Sozialdemokratie angenommen ist, daß die Unfallgesetze sämmtlich einstimmig unter Zustimmung der Sozialdemokratie angenommen worden sind. Also, meine Herren, eine Abhängigkeit vom Centralverbande der Industriellen zu konstruiren, demgegenüber ich diese Gesetze im schärfsten Kampfe durchgefochten habe, daß ist eine historische Unrichtigkeit.

Nun, m. H., ist mir und meinen Beamten vorgeworfen worden, daß sie große Versammlungen des Centralverbandes der Industriellen besuchen. Ich kann mich nicht entsinnen, in einer solchen Versammlung erschienen zu sein. Soweit ich mich entsinne, sind aber meine Beamten wiederholt dort gewesen. Aber uns wird ja immer vorgeworfen, wir arbeiteten vom grünen Tisch, wir kennen das praktische Leben nicht, und wenn wir unter die Leute des praktischen Lebens (Lachen links) gehen, dann heißt es: Ihr seid abhängig von der Unternehmerklasse. (Gelächter links.) Meine Herren! Ich kann Ihnen persönlich sagen: Angenehm ist es mir nie, in solche Versammlungen zu gehen, und wenn Sie die Zeitungen verfolgen, werden Sie sehen, wie unendlich selten Sie in solchen Versammlungen meinen Namen lesen. Und ich habe einen guten Grund dafür. Geht man in eine solche Versammlung, wo an die Regierung zuweilen recht extravagante Anträge gestellt werden, und man schweigt, dann heißt es: Was für eine Regierung! So etwas wird gesagt, und der Minister, der dabei sitzt, schweigt! Lasse ich mich aber auf eine Sache ein, dann könnte ich unter Umständen den Standpunkt der Regierung präjudiziren, dann könnte es kommen, daß ich gezwungen würde, Stellung zu nehmen, ehe vielleicht die Reichsregierung, der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen dazu Stellung genommen haben. Ich halte mich, soweit ich kann, von solchen Versammlungen grundsätzlich fern, denn wenn man sich erst mal darauf einläßt, dort politische Fragen zu diskutiren, so schafft man politische Nebenparlamente und das geht nicht. Ich habe mich schon oft gewundert, daß die Sozialdemokratie, wenn sie etwas anführt, das zu Ungunsten der Regierung spricht, dies in allen ihren Blättern veröffentlicht; aber von dem, was zu Gunsten der Regierung spricht, berichten die sozialdemokratischen Blätter nichts. So ist mir vorgeworfen, daß ich mich nicht habe vertreten lassen auf einer Versammlung der Gastwirthsgehilfen Deutschlands. Gewiß, ich habe das nicht gethan, aber die Sozialdemokraten haben verschwiegen, daß ich kurz darauf auch eine Einladung der Prinzipale abgelehnt habe, weil ich mir gesagt habe: Die arbeiterstatistische Kommission hat darüber beschlossen, der Bundesrath wird sich schlüssig machen, und es ist nicht meine Sache, mir von irgend einer Partei weitere Belehrungen zu holen.

Es ist mir weiter vorgeworfen, daß die Novelle zur Krankenversicherung noch nicht vorliegt. Sie wissen, daß ich dies Gesetz für nothwendig hielte, aber die ganze Ausführung der Krankenversicherungsgesetzgebung liegt doch in den Händen der Einzelstaaten, auf deren Mitwirkung ich vorzugsweise angewiesen bin. Ich habe mich an die Einzelstaaten gewandt und die besonders wichtigen Fragen zur Diskussion gestellt, aber bei der Schwierigkeit der Materie von einer Reihe von Staaten, namentlich auch von Preußen, noch keine Antwort bekommen und konnte deshalb noch kein Gesetz vorlegen. Aber dagegen muß ich mich entschieden verwahren, daß man die persönlichen Ansichten, die ein Beamter in einer Zeitschrift ausspricht, der Regierung zur Last legt. Der Abg. Bebel ist dann auf den sogenannten Brief von Laelsz zu sprechen gekommen. Ich bin hier in einer schwierigen Lage, denn der Mann, der diesen sehr unvorsichtigen Brief geschrieben hat, liegt still auf dem Rücken und ist dem Gebiet entrückt, wo es noch Unfälle zu verhüten giebt, er ist der Verantwortung entzogen. Es handelt sich bei der Sache um von den großen Schiffahrtslinien für überflüssig gehaltene Unfallverhütungsvorschriften bei den Kochapparaten auf Schiffen. Diese sind befürwortet, aber leider mit jenem äußerst bedauerlichen Nachsatz, und die übrigen Vorstandsmitglieder der Seeberufsgenossenschaft haben sich begnügt, ihren Namen und das Wort „einverstanden“ darunter zu setzen. Wenn man gerecht sein will, so darf man den Herren, die ihre Zustimmung zu dem positiven Vorschlag gegeben haben, nicht unterschieben, daß sie auch die bedauerliche Bemerkung zu jenem Vorschlag billigen. Im Uebrigen führt die Aufsicht über die Seeberufsgenossenschaft das Reichsversicherungsamt, das ich sofort auf das Vorkommniß aufmerksam gemacht habe. Wir müssen abwarten, was das Reichsversicherungsamt sich veranlaßt sehen wird zu thun. Es ist auch moniirt worden, daß noch immer nicht genug auf dem Gebiet der Sozialreform geschieht. Ich bin wirklich von jedem Selbstlob weit entfernt, aber Herr Bebel, ich frage Sie: Haben Sie denn keinen Begriff davon, was für eine schwere Arbeit es für einen Mann ist, allein das Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz auf so veränderter Basis ins Leben treten zu lassen? Ich sage das mit aller Bescheidenheit, daß diese Gesetze ins Leben treten konnten, ist eine gewaltige sozialpolitische Leistung. (Widerspruch bei den Sozialdem.) Abgesehen hiervon sind wir dabei, über die Frage des Schutzes der verheiratheten Frauen dem Reichstage eine Denkschrift zu unterbreiten, die eventuell die Grundlage für weitere gesetzgeberische Maßnahmen bilden soll. Die Bäckereiverordnung, von der Herr Bebel sprach, ist noch nicht abgeändert, sie besteht noch und ich habe deshalb keine Veranlassung, auf eine Debatte darüber einzugehen.

Was unser Verhältniß zu Amerika betrifft, so sind wir von Amerika nicht mehr zollpolitisch differenzirt, denn Amerika hat uns dieselben zollpolitischen Vortheile eingeräumt, die bisher Frankreich eingeräumt waren. Es ist selbstverständlich, daß wenn ein Land wie Deutschland vor der Neuregelung seiner handelspolitischen Verhältnisse steht, alle Interessentengruppen sich regen und ihre Interessen geltend machen, und daß ein erbitterter Kampf zwischen den einzelnen Gruppen entsteht. Aber den einen Rath gebe ich: die Debatten nicht so zu führen, daß man einen Angriff gegen die eigene Regierung richtet, ohne zu wissen, was denn die eigene Regierung beabsichtigt, denn damit thut man etwas, was sehr gefährlich ist, man füllt dem Feinde die Kriegskasse.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Eine Rede, wie die des Abg. Bebel, die so viel Dreimala berührt, habe ich so lange ich lebe noch nicht gehört. (Heiterkeit) Seine Reden sind etwas oberflächlich, es schadet nichts, sie hören sich ganz gut an, aber Herr Bebel leidet an einer Art von Größenwahn. (Lachen.) Kein Wunder, seine eigene Partei streut ihm ja so viel Weihrauch, daß ihm der Kopf davon schwindlig wird. (Lachen links.) Ueber die Abweisung des Präsidenten Krüger war ich erstaunt; ich sagte mir, wenn Frankreich sich nicht fürchtet, ihn zu empfangen, warum sollen wir denn so ängstlich sein? Das war die allgemeine Ansicht. Auf der andern Seite kann ich mir sehr wohl denken, daß Jemand in so verantwortlicher Stellung wie der Kanzler die Sache doch anders ansieht. Ich glaube, wie die Sache steht, hat es sogar selbst im Interesse der Boeren gelegen, daß Präsident Krüger nicht empfangen wurde, denn jetzt wird ein freundschaftlicher Rath Deutschlands weit mehr Gewicht haben, als wenn wir den Präsidenten erst jubelnd aufgenommen hätten. Daß bei uns für Kulturzwecke nichts geschehe, ist auch stark übertrieben. Das beweist schon das starke Anwachsen unserer Ausgaben für die Volksschule, die 1871 16 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung betrugen und heute über zwei Mark. Da kann man doch nicht behaupten, daß alles Geld bei uns nur in Heer und Marine gesteckt werde. Auch unsere Schuldentilgung ist garnicht so unbedeutend in den letzten Jahren gewesen. Dagegen stehe ich garnicht dem Gedanken fern, auch die Einzelstaaten einmal wieder durch stärkere Heranziehung zu den Matrikularbeiträgen etwas mehr lebendig zu machen. Meine Partei ist zwar stets gegen eine Erhöhung der Matrikularbeiträge gewesen, aber unter den gegenwärtigen Umständen würde es gar nichts schaden, einmal durch eine solche Maßnahme den Herren vom Bundesrath ad oculos zu demonstriren, daß wir auch noch da sind. (Sehr gut! links.) In Folge der berühmten Handelsverträge ist unsere Handelsbilanz zurückgegangen und in Folge dessen müssen wir jetzt bei Amerika Anleihen machen. Die Golddecke Amerikas ist dreimal so groß wie die unserige, trotz unserer bewährten Bankleitung. Es ist ja jetzt wieder eine Antikornzollliga gegründet worden. Ich bedaure nur, daß das nicht im Zoologischen Garten geschehen ist, dem traditionellen Orte für solche Versammlungen. (Heiterkeit.) Große Aufmerksamkeit muß der Frage der Zollkredite zugewendet werden, die auf die Dauer unmöglich aufrecht erhalten werden können. Trotz aller Zusagen aber sind die Zollkredite noch immer nicht aufgehoben worden. Was die Zuckerprämien anlangt, so mögen sich die Herren daran erinnern, daß wir unsere blühende Zuckerindustrie allein diesen Prämien zu verdanken haben; ohne diese Prämien würde der Zuckerpreis bei uns zugleich höher sein. Die Frage, ob wir Kolonien haben sollen oder nicht, ist längst entschieden. Die Freisinnigen selbst würden jetzt schwerlich unsere Kolonien unter den Hammer bringen wollen. Wir sollten aber mehr für die wirthschaftliche Entwickelung unserer Kolonien thun; mit dem Bau von Eisenbahnen in Ostafrika haben wir viel zu lange gezögert. Bedauerlich ist es, daß uns das Gesetz über die Regelung und Erhöhung der Militärpensionen noch nicht vorgelegt ist. Dem Abg. Bebel gebe ich darin recht, daß wir die zweijährige Dienstzeit nicht wieder los werden können. Ich habe seiner Zeit mit schwerem Herzen für die Einführung dieser Institution gestimmt; aber nun wir sie einmal haben, werden wir dauernd mit ihr rechnen müssen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß der Reichskanzler unsere innere und äußere Politik nach dem Muster des Fürsten Bismarck leiten möge. (Beifall rechts.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Herr Graf Posadowsky hätte besser gethan, wenn er auch heute dem Reichskanzler die Vertheidigung der 12 000 Mark Angelegenheit überlassen hätte. Er muß sich daran erinnern, daß es ganz unzulässig ist, Gelder irgend welcher Art aufzuwenden, die der Reichstag nicht bewilligt hat. Der Staatssekretär sagte, wenn der industrielle Verband das Geld nicht gegeben hätte, hätte er es aus dem Drucksachenfonds nehmen können. Nein, das hätte er nicht können. Was würde man sagen, wenn der Reichstag aus seinem Drucksachenfonds Gelder nähme, um gegen eine Vorlage der Regierung zu agitiren? (Sehr gut! links.)

Die gestrige Rede des Reichskanzlers deckt sich mit meinen Auffassungen — bis auf einen Punkt. Er sagte, daß die Minister sich gebessert hätten. (Heiterkeit.) Davon habe ich noch nichts gemerkt, im Uebrigen stimme ich ihm aber in allen Punkten bei. Wir haben das Telegramm an den Präsidenten Krüger vom Jahre 1896 getadelt, wir haben es als einen schweren politischen Fehler angesehen, wir würden aber jetzt in genau denselben Fehler verfallen, wenn wir nun Kundgebungen zu Gunsten der Boeren forderten. Das, was wir von dem Monarchen verlangen, verlangen wir auch vom Volk. Die Politik darf sich nicht von Impulsen des Gefühls leiten lassen, und eine falsche Politik bleibt falsch, gleichviel ob sie von unten oder von oben her empfohlen wird. Ich kann wohl damit die Transvaalangelegenheit verlassen, die Diskussion über dieselbe wird ja erst ihren Höhepunkt erreichen, wenn der Direktor der Alldeutschen Hasse seine Lunge dafür einlegen wird. (Große Heiterkeit.)

Der Reichskanzler hat sich über die schmeichelhaften Worte gefreut, die ihm gesagt wurden. Ja, Herr Reichskanzler, das geht jedem neuen Reichskanzler so, das bleibt aber nicht immer so. (Heiterkeit). Das Centrum ist ja jetzt sehr liebenswürdig, es schmollt nicht einmal darüber, daß der Reichskanzler den Toleranzantrag a limine abgelehnt hat. Aber es ist ja nicht alle Tage Abend. (Heiterkeit). Der Reichskanzler sagte neulich: Warten Sie doch ab, Sie kennen ja noch garnicht meine Stellung zur inneren Politik. Sehen Sie, das kann auch nur in Deutschland vorkommen, daß Jemand Reichskanzler wird, der hinsichtlich seiner Stellung zur inneren Politik noch ganz unbekannt ist (Heiterkeit). Nun, Graf Limburg hat ihm ja schon gewisse Direktiven gegeben. Er soll dafür sorgen, daß von der königlichen Autorität nichts abbröckelt. Die Bedeutung dieses Satzes ist mir nicht recht klar geworden. Mir ist es so vorgekommen, als ob die königliche Autorität in letzter Zeit viel weniger gefährdet war, als die Autorität der verantwortlichen Minister dem Königthum gegenüber. (Sehr gut! links.) Vielleicht hat Graf Limburg blos scharf machen wollen, daß die für die Kanalvorlage so oft eingesetzte königliche Autorität nicht aufs neue eingesetzt wird. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Dem Wunsche des Abg. Sattler nach möglichst frühzeitiger Vorlegung des neuen Zolltarifentwurfs schließe ich mich vollständig an. Ich verstehe es aber, warum Graf Limburg diesem Verlangen widerspricht. Sie (rechts) sind im wirthschaftlichen Ausschuß stark vertreten und wollen nicht gestört sein. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, sagen Sie. Ich ersehe aus Ihrem Verhalten nur, daß Sie die öffentliche Kritik scheuen und deshalb Alles im Dunkeln abmachen wollen. (Sehr gut! links.) Nach Absicht der Herren von der Rechten wird ja durch die Erhöhung der Getreidezölle nicht einmal die bisherige Einnahme erreicht werden; wie können Sie denn da Versprechungen machen! Was den Militäretat betrifft, so schließe ich mich völlig der Verurtheilung der Sammlungen für ein Moltkedenkmal an. Daß man die Offiziere zu Beiträgen auffordert, kommt mir genau so vor, wie wenn man die Legationsräthe auffordern würde, für ein Bismarckdenkmal zu sammeln. Die Rede des Grafen Limburg wird den Anschein erwecken, als ob die Konservativen gern die dreijährige Dienstzeit wieder einführen wollen. Daß den Herren die zweijährige Dienstzeit unangenehm ist, ist ja klar; wie kommt es aber, daß noch immer so viele Soldaten zu nicht militärischen Dienstleistungen verwendet werden? Die zweijährige Dienstzeit ist völlig ausreichend; sind doch nach China zahlreiche Soldaten gegangen, die nur sechs Monate ausgebildet waren, und die Schlagfertigkeit der Armee hat darunter nicht gelitten. Die Zeitungsnachrichten über ein neues Gewehr muß der Kriegsminister klarstellen; das können wir verlangen. Bei dem Marineetat haben wir noch weniger die Möglichkeit, Abstriche vorzunehmen als beim Militäretat; der Reichstag ist da zu einer Art Kalkulatorrevisor herabgesunken. Der vorjährige Flottenbauetat ist schon jetzt gewaltig überschritten. Gleichfalls gestiegen sind die Unterhaltungskosten der ostafrikanischen Station. Unsere Schiffe haben gegenwärtig hauptsächlich die Aufgabe, Salut zu schießen. (Abg. Müller-Sagan: Sehr gut!) Das ist ja auch kein Wunder, denn jeden Augenblick kommt ein neuer Admiral. Es wäre an der Zeit, daß diesem kostspieligen Gekualle endlich ein Ende gemacht wird. (Heiterkeit.) Sollen etwa die Zeichnungen des Kaisers draußen in der Wandelhalle die Vorboten einer neuen Flottenvorlage sein? (Sehr gut! links.) Sehr bedauerlich ist es, daß die Postassistentenfrage noch immer nicht gelöst worden ist. Ich glaube nicht, daß der Schatzsekretär daran schuld ist — nein der Vater aller Hindernisse trägt die Schuld! (Heiterkeit.) In der Kolonialverwaltung haben wir ja wieder einen neuen Herrn. Der neue Kolonialdirektor unterscheidet sich von seinem Vorgänger vortheilhaft dadurch, daß er nicht nur die Ostsee kennen gelernt hat. Aber ich frage mich jedesmal, wenn ein solcher neuer Herr kommt: Was wird der uns wieder kosten? Der neue Gouverneur von Ostafrika, Graf Götzen, hat ja viel von der Welt gesehen. Aber als Offizier wird er die militärische Aufgabe als seine Hauptaufgabe betrachten und nicht, wie es richtig wäre, die wirthschaftliche. Er wird militärische Streifzüge unternehmen und hat, wenn er nach kurzer Zeit abgelöst wird, wenigstens Aussicht auf Orden und Beförderung. Es ist auch wieder die Forderung für die Centralbahn in den Etat eingesetzt. Man hat die geforderte Bahnstrecke nur um die Kleinigkeit von 1800 Km. verlängert. Das ist eine Strecke weiter, als von Berlin bis Basel. Dabei ist die wirthschaftliche Bedeutung der Bahn äußerst zweifelhaft. Solche Bahnen kosten gewöhnlich sehr viel mehr als veranschlagt ist. Und von Rentabilität ist bei ihnen bisher nichts zu merken gewesen. In derartige afrikanische Eisenbahnabenteuer wollen Sie sich einlassen in dem Jahre, wo uns China soviel kostet! Hier können Sie wirklich sparen; das ist besser, als wenn Sie an Reisekosten und Beamten sparen wollen. Wenn Sie hier so mit vollen Händen Geldmittel bewilligen, dann können Sie auch im preußischen Landtag nicht mehr aus Sparsamkeit den Kanal ablehnen.

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antis.): Der Reichskanzler kommt mir vor wie ein Segelschiffer (Heiterkeit); von allen Richtungen weht der Wind und der Schiffer soll dabei das Schiff in den sicheren Hafen zu bringen verstehen. Dankbar bin ich dem Kanzler dafür, daß er unter den Gründen für den Nichtempfang Krügers nicht die Etikettenfrage angeführt hat. Wer diese Frage ins Feld führt, begeht eine Majestätsbeleidigung, da man ja bei Hofe auch Cecil Rhodes empfangen hat. Es sind nicht die schlimmsten Majestätsbeleidiger, die hinter Schloß und Riegel sitzen. Der Boerenkrieg ist ein von kapitalistischer Gewinnsucht angezettelter Krieg. Neutral haben wir uns den Boeren gegenüber verhalten, aber entgegenkommend sind wir den Engländern gewesen. Haben wir doch den mit Recht so beliebten Prinzen von Wales (Heiterkeit) empfangen! Wir müssen ein verdammendes Urtheil aussprechen gegen die barbarische Behandlung der Boeren durch England. Der Reichskanzler ist allerdings der letzte, der daran Schuld hat, er kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Der Kanzler sagt, der Empfang Krügers hätte dem deutschen Volke nichts genutzt, andere sind entgegengesetzter Meinung. Wir hätten, ohne uns etwas zu vergeben, uns freundlicher zu dem Präsidenten Krüger stellen können. Li-Hung-Tschang haben wir seiner Zeit mit allen Ehren empfangen, obwohl er zu Hause nur Palastdiener ist und sich vor dem Sohn des Himmels zu Boden werfen muß. (Heiterkeit.) Natürlich waren dabei materielle Gründe maßgebend.

Das Haus vertagt sich.

Persönlich erklärt

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.), daß er in Bonn nicht gesagt habe, das Centrum habe auf den Luxus einer eigenen Politik verzichtet. Nach dem Stenogramm seiner Rede habe er gesagt, daß das Centrum bei seiner ausschlaggebenden Stellung scheinbar in gleichgiltigen Dingen auf den Luxus einer selbständigen politischen Ueberzeugung im Interesse der Gesammtheit verzichten müsse.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der Etatsberathung). Schluß 6½ Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt,
Druck u. Verlag der Badischen Landeszeitung G. m. b. H., Karlsruhe.